



Bleiberecht für Alle!

Zur Situation von illegalisierten Frauen in der BRD
Redebeitrag der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser

Maren Nitschke-Frank

Die Autonomen Frauenhäuser in der Bundesrepublik unterstützen seit Jahren die Forderungen des Bleiberechts für Alle.

Aktuelle Situation

500.000 Menschen sind in der BRD gezwungen, in Rechtlosigkeit zu leben. Darunter sind hunderttausende Frauen und Kinder. Sie fliehen aufgrund politischer Verfolgung, Zwangsabtreibung, Folter, Angst vor sexueller, physischer und psychischer Gewalt oder verlassen ihr Herkunftsland wegen sozial aussichtslosen Situationen, Armut und Hunger. Die Fluchtgefahren sind unermesslich groß, wobei die Fluchtbedingungen für Frauen weitaus härter sind, denn Frauen haben nicht die für die Flucht nötigen materiellen Ressourcen und Kontakte und sie haben i.d.R. die Verantwortung für die Kinder. Legale Möglichkeiten der Einwanderung gibt es nicht. Die Ausländerinnengesetze verschärfen sich immer mehr. Lediglich zwei Prozent der Asylanträge in Deutschland werden bewilligt. Inwieweit frauenspezifische Fluchtgründe anerkannt werden bleibt abzuwarten. Für illegale Menschen gelten elementare Grundrechte, wie z.B. Schutz der Men-

Maren Nitschke-Frank ist Mitarbeiterin des autonomen Frauenhauses Neumünster und in der Landesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauenhäuser Schleswig-Holstein.

schenrechte und –würde, Arbeitsschutzgesetze oder das Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht. Infolge der drohenden Abschiebung sind sie für die Betroffenen nicht einklagbar. Illegalisierte Menschen sind in unserer Gesellschaft unsichtbar. Viele profitierten von dieser Ausbeutung.

Lebenssituation von Frauen, die illegal in der BRD leben

Illegalisierte Frauen ohne in der BRD anerkannte Papiere leben in ständiger Furcht vor Polizeikontrollen, Entdeckung, Abschiebung und letztendlich vor dem Tod. Das bedeutet ein Leben unter prekären Arbeits- und Lebensbedingungen mit existenziellen Nöten und Ängsten und Versorgungsengpässen. All dies stellt eine enorme psychische Belastung dar.

Menschen ohne Aufenthaltsstatus haben **keinen Zugang zu medizinischer Versorgung:**

Ärztinnen rechnen in der Regel bei Personen ohne Krankenversicherung den Privatanzahl ab, oder sie behandeln gar nicht. Da viele Personen ohne Aufenthaltsstatus Privatrechnungen nicht bezahlen können, begeben sie sich erst sehr spät in ärztliche Behandlung, was lebensgefährlich oder sogar tödlich sein kann. Bei schwerer Krankheit sind die Sozialämter zwar angehalten die Krankenhauskosten zu übernehmen. Das bedeutet allerdings, dass die Daten der Ausländerbehörde übermittelt werden und die Person zur Ausreise aufgefordert wird. Dies

gilt ebenso für Kinder.

Diese Situation verschärft sich besonders für schwangere Frauen, die während der Schwangerschaft und Geburt oft ohne ärztliche Betreuung sind, immer mit der Angst das Baby auch später nicht richtig versorgen zu können bzw. gleich nach der Geburt wieder Geld verdienen zu müssen. Denn hier illegal geborene Kinder gibt es offiziell nicht.

Illegalisierte Menschen in der BRD haben **kein Recht auf Bildung:**

Das heißt, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus weder Schule noch Kindergarten besuchen können, ohne angezeigt zu werden.

Arbeitsbedingungen von Frauen ohne Aufenthaltsrecht

Für Frauen in dieser Situation sind die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten außerordentlich eingeschränkt. Zudem stehen sie auch hier unter starkem Druck und leben in ständiger Angst vor Polizeikontrollen. Aufgrund ihrer Situation sind sie zudem von Arbeitgebern extrem erpress- und ausbeutbar. Sie arbeiten in deutschen Haushalten als Dienstbotinnen, Putz- und Haushaltshilfen, Pflegekräfte oder als Kindermädchen. Viele betroffene Frauen werden zur Prostitution gezwungen, als einzige Überlebensebene. Die Ausbeuter profitieren von der Aberkennung der Menschenrechte und vom Frauenhandel.



Bleiberechtskampagne Schleswig-Holstein

Die Teilnahme als Team für ein Bleiberecht an zahlreichen Stadtläufen in Kiel, Neumünster oder Flensburg kam bei den 20 bis 30 Läuferinnen und Läufern wie beim Publikum gut an und weckte Interesse, mehr zu erfahren.

Aufsehen erregte auch der **Segeltörn des Zweimasters Carola** während der Kieler Woche 2004. Das Segelschiff tuckerte - mit einem großformatigem Transparent „Bleiberecht für Flüchtlinge“ bestückt - an der Kiellinie entlang und wurde an Land von Flugblatt verteilenden Grüppchen des Bleiberechtsbündnisses begleitet.

Beide Aktionen ermöglichten es, das oft als sperrig empfundene Anliegen der Bleiberechtskampagne mit Spaß und in einer plakativen und ungewöhnlichen Form unter die Leute zu bringen.